



Bundshaushalt 2018

Bericht zum Abschluss der parlamentarischen Beratungen

I. Allgemeiner Teil

Der Haushalt 2018 ist einerseits der erste Haushalt der neuen Wahlperiode, andererseits der fünfte Haushalt in Folge der Großen Koalition. Nach den schier endlosen und am Ende erfolglosen Verhandlungen von Schwarz-Gelb-Grün haben wir Sozialdemokraten uns der Verantwortung gestellt und im Interesse des Landes erneut gemeinsam mit CDU und CSU eine Regierung gebildet. Im Rekordtempo hat die Bundesregierung unter der Federführung unseres Finanzministers Olaf Scholz einen 2. Regierungsentwurf für den Haushalt 2018 aufgestellt, den wir Abgeordnete dann ebenso zügig wie konzentriert beraten haben – zuletzt in einer rund 14-stündigen Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses. Damit können wir die Beratungen zum Bundshaushalt 2018 noch vor der parlamentarischen Sommerpause abschließen. Für die Ministerien und alle Bundesbehörden endet damit die lange Phase der vorläufigen Haushaltsführung. Alle Programme und Projekte können damit wieder ohne Einschränkungen laufen – eine gute Nachricht für alle Bürgerinnen und Bürger!

Inhaltlich bleiben die haushaltspolitischen Markenzeichen der Großen Koalition die gleichen wie in der letzten Wahlperiode:

- Wir investieren an allen Ecken und Enden in die Zukunft unseres Landes – in Kitas, in Schulen, in Straßen und Eisenbahnen, in den Breitbandausbau, in den Umwelt- und Klimaschutz, in den sozialen Wohnungsbau und in die Städtebauförderung sowie in die Forschung an Hochschulen und Forschungseinrichtungen.
- Wir verbessern die soziale Sicherheit – mit Verbesserungen bei der Rente, bei der Pflege, beim Unterhaltsvorschuss und Kinderzuschlag, einem großen Programm zur Eingliederung von Langzeitarbeitslosen und der Wiedereinführung der paritätischen Finanzierung der Krankenversicherung.
- Wir machen all das ohne neue Schulden.

Im Koalitionsvertrag haben wir eine Reihe prioritärer Maßnahmen vereinbart, für die wir in der Wahlperiode insgesamt 46 Mrd. Euro mehr einsetzen wollen, als in der alten Finanzplanung vorgesehen – mehr für Ganztagschulen und Ganztagsbetreuung, die Erhöhung von Kindergeld, Kinderfreibetrag und Kinderzuschlag, die Senkung der Kita-Gebühren und die Verbesserung der Betreuungsschlüssel, die Eingliederung Langzeitarbeitsloser, den sozialen Wohnungsbau und die weitgehende Abschaffung des Solidaritätszuschlags. 46 Mrd. Euro mehr, ohne an anderer Stelle Ausgaben kürzen zu müssen. Aufgrund der Mai-Steuerschätzung können wir sogar mit weiteren 10 Mrd. Euro zusätzlich für die Wahlperiode planen, davon 2,4 Mrd. Euro im Haushaltsjahr 2018.

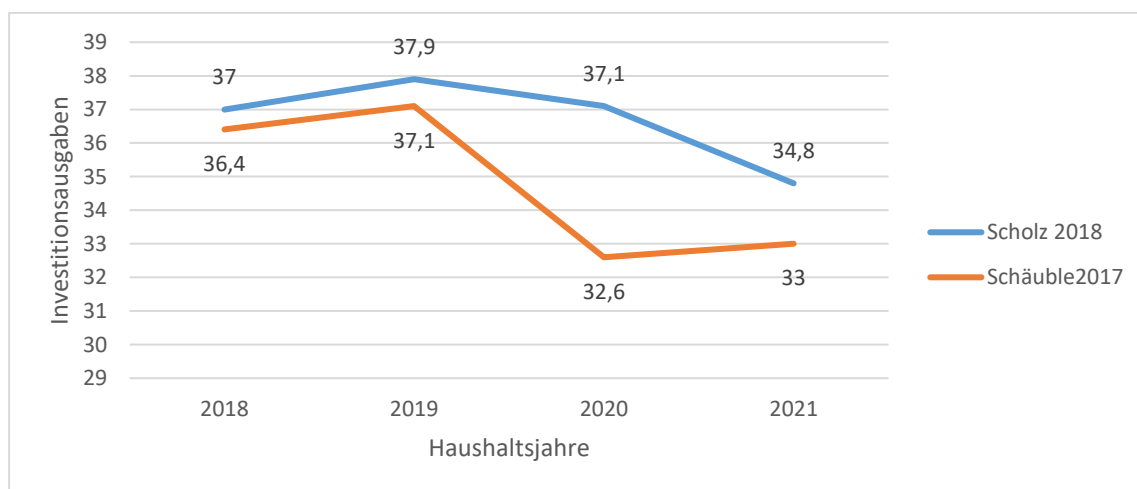
Mit dem Haushalt 2018 beginnen wir die Umsetzung des Koalitionsvertrags, insbesondere der prioritären Maßnahmen. Da der Haushalt in diesem Jahr spät in Kraft tritt, werden viele Maßnahmen erst 2019 ihre volle Wirkung entfalten – umso wichtiger war es uns, dort sofort loszulegen, wo dies möglich war.



Wir investieren wie nie zuvor

Noch nie gab es solche Investitionssummen im Bundeshaushalt, wie wir sie für diese Wahlperiode planen: insgesamt rd. 180 Mrd. Euro in den Jahren 2018 bis 2022.

Vergleicht man den ersten Finanzplanungsentwurf von Olaf Scholz (Eckwertebeschluss vom Mai 2018) mit der letzten Finanzplanung seines Vorgängers (Juli 2017), wird sichtbar, dass die Investitionslinie deutlich über den früheren Planungen liegt:



Der Entwurf der Finanzplanung 2018-2022 sieht in allen vier Jahren höhere Investitionen vor als die Finanzplanung 2017-2021. Wie fast immer gehen die Investitionen am Ende des Finanzplanungszeitraums leicht zurück. Auch die Investitionsquote (Investitionen im Verhältnis zu den Gesamtausgaben) ist in allen Jahren höher (bzw. in 2019 gleich), als im letzten Jahr geplant.

Und das alles schaffen wir trotz rechnerisch nachteiliger Sondereffekte:

- Bis 2019 erhalten die Länder sog. Entflechtungsmittel vom Bund (mehr als 3 Mrd. Euro). Diese investiven Mittel wurden im Rahmen der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen abgeschafft. Stattdessen wurden die Länder um rd. 10 Mrd. Euro p.a. durch den Bund entlastet und werden aus diesen eigenen Mitteln Investitionen fördern.
- In den nächsten vier Jahren kommen Investitionen hinzu (z.B. für regionalen Strukturwandel, ländliche Räume, Schulprogramm), für die bisher im Einzelplan 60 eine Vorsorge getroffen wurde, die in den nächsten Haushalten aufgelöst wird. Erst mit der Auflösung und einer konkreten Titeluordnung werden diese Summen haushaltstechnisch als Investitionen ausgewiesen. Dies wird sich schon in der endgültigen Finanzplanung zeigen, die das Kabinett am Freitag, 6. Juli, beschließen wird.

Wir sorgen für einen leistungsfähigen Öffentlichen Dienst

Wir arbeiten weiterhin am sozialdemokratischen Gleichklang aus neuen Stellen, besserer Bezahlung und Auflösung von Befristungen.



Bereits in diesem Jahr arbeiten wir deshalb an einer großangelegten Initiative zum Abbau sachgrundloser Befristungen in der Bundesverwaltung.

Beim Personal des Bundes haben wir in dieser Legislatur viel vor, und im Haushalt 2018 fangen wir damit an:

- Wir schaffen 3.075 neue Stellen bei der Bundespolizei und 525 Stellen beim Bundeskriminalamt.
- Wir verstärken die Zollverwaltung mit rund 1.400 zusätzlichen Stellen und der Aufforderung an die Bundesregierung, in den nächsten drei Jahren weitere 6.000 Stellen zu schaffen, inklusive der entsprechenden Bedingungen für die Aufnahme der neuen Mitarbeiter.
- Beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge schaffen wir knapp 1.650 zusätzliche Stellen und entfristen fast 4.500 Stellen.
- Im Bereich des Verkehrsministeriums schaffen wir bei der Wasserschiffahrtsverwaltung 34 neue Stellen zur Umsetzung eines neuen Konzeptes für den Ausbau der Elbe.
- Beim THW haben wir 120 neue Stellen für Hauptamtliche geschaffen, die besonders bei der Verwaltung der Liegenschaften, im Bereich Arbeitsschutz und beim IT-Betrieb des THW eingesetzt werden.
- Bei der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben werden wir 200 Stellen entfristen und damit Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter halten können, die bei der Verwaltung unserer Immobilien unersetzbar sind.

Um die sachgrundlosen Befristungen in der Bundesverwaltung abzubauen, haben wir neben umfangreichen Stellenbewilligungen zudem das Haushaltsgesetz geändert. Bundesbehörden dürfen künftig keine Arbeitsverträge mit sachgrundloser Befristung mehr abschließen, wenn dadurch der Anteil dieser Verträge 2,5 % des Stellensolls der Behörde übersteigen würde. Es wurde höchste Zeit, dass der Bund hier mit gutem Beispiel vorangeht.

Wir haben erneut einen Haushalt ohne neue Schulden beschlossen

Wir setzen die solide Wachstums- und Finanzpolitik fort. Durch die solide Finanzpolitik der letzten Jahre und die gute wirtschaftliche Lage Deutschlands werden wir auch in diesem Jahr einen Haushalt ohne Neuverschuldung aufstellen und gleichzeitig weitere Ausgabenmittel für die prioritären Maßnahmen des Koalitionsvertrages zur Verfügung stellen.

Seit 2014 kommt der Bund damit ohne Nettokreditaufnahme aus. Durch diese wachstumsfreundliche Haushaltskonsolidierung wird die gesamtstaatliche Schuldenstandsquote bereits 2019 wieder auf unter 60 Prozent des Bruttoinlandsproduktes zurückgeführt werden (Maastricht-Kriterium). Wir investieren verantwortlich und sozial ausgewogen in die Zukunft und belasten die nachfolgenden Generationen nicht mit zusätzlichen Schulden. Dieser Haushalt ist sozialdemokratisch, praktisch, gut.



Wesentliche Ergebnisse der parlamentarischen Beratungen

Zwei Faktoren führten dazu, dass es in den parlamentarischen Beratungen dieses Mal weniger Veränderungsbedarf gab als üblich: Zum einen kann der Haushalt erst zu Beginn der zweiten Hälfte des laufenden Jahres verkündet werden, zum anderen führten die Ministerien parallel zu den parlamentarischen Beratungen für 2018 schon ihre Verhandlungen mit dem Finanzministerium für 2019. Von daher gilt: Wir verlieren keine Zeit und beginnen sofort mit der Umsetzung der neuen Vorhaben des Koalitionsvertrages, aber der große Schub wird in vielen Fällen erst mit dem Haushalt 2019 kommen.

An folgenden Punkten haben wir den guten Haushaltsentwurf noch verbessert:

- Wir senken die Trassenpreise im Güterschienenverkehr – die „Schienenmaut“ – noch in diesem Jahr. 175 Mio. Euro stehen dafür bereit. Damit verwirklichen wir eine Forderung aus unserem Wahlprogramm.
- Das Baukindergeld kommt mit den Parametern, die im Koalitionsvertrag und im Beschluss der geschäftsführenden Fraktionsvorstände genannt sind und die der Koalitionsausschuss letzte Woche noch einmal bestätigt hat: Es gilt eine Einkommensgrenze (90.000 Euro für Familien mit einem Kind), eine flächenmäßige Begrenzung erfolgt nicht, die Antragstellung soll bis Ende des Jahres 2020 möglich sein. (Die weiteren Beschlüsse des Koalitionsausschusses betreffen 2019: noch einmal 500 Mio. Euro mehr für den sozialen Wohnungsbau und die Fortführung der Städtebauförderung auf gleichbleibend hohem Niveau.)
- Wir starten zwei neue Städtebau-Programme. Das erste ist die im Koalitionsvertrag vereinbarte Weiterentwicklung der Städtebauförderung mit großangelegten Modellprojekten, das zweite die Fortsetzung des sehr erfolgreichen Programms „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“. Jedes dieser Programme hat ein Programmvolumen von 100 Mio. Euro über die nächsten Jahre.
- Gut 100 Mio. Euro zusätzlich gibt es für die Kultur, u. a. für ein neues Denkmalschutz-Sonderprogramm mit 30 Mio. Euro. Dazu kommen große mehrjährige Maßnahmen, u.a. für das Nationaltheater Mannheim (insg. knapp 80 Mio. Euro, davon rd. 3 Mio. Euro in 2018) und für Zepelintribüne und -feld in Nürnberg (insg. etwas über 40 Mio. Euro, davon fast 1 Mio. Euro noch dieses Jahr).
- Das Auswärtige Amt unterstützen wir einerseits im Bereich der Krisenprävention mit 35 Mio. Euro zusätzlich für die Krisenfrüherkennung, andererseits mit fast 50 Mio. Euro für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik, davon 15 Mio. Euro für das Goethe-Institut und 9 Mio. Euro für den DAAD – gerade in diesen Zeiten eine wichtige Investition für ein weltoffenes Land.
- Wir haben 43 Mio. Euro zusätzlich beschlossen für die verbesserte Ausbildung und Ausstattung der Soldatinnen und Soldaten, u. a. mit Nachtsichtbrillen. Ein weiterer Beleg dafür, dass wir Sozialdemokraten der Truppe die Ausrüstung geben wollen, die sie braucht. Was wir nicht wollen ist eine Aufrüstung um jeden Preis, nur um irgendwelche Quoten zu erfüllen.
- Die immer wichtiger werdende Arbeit der Politischen Stiftungen im In- und Ausland unterstützen wir mit 20 Mio. Euro mehr als im Entwurf vorgesehen.
- Insgesamt 100 Mio. Euro gibt es für Modellvorhaben im Bereich des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in Bonn, Essen, Herrenberg, Mannheim und Reutlingen, die das Sofortprogramm „Saubere Luft“ ergänzen. 95 Mio. Euro sind im Verkehrsministerium veranschlagt, weitere 5 Mio. Euro im Umweltministerium.



- Das Familienministerium erhält insgesamt rund 15 Mio. Euro zusätzlich für verschiedene Programmtitel und -linien, darunter 2 Mio. Euro mehr für die Jugendmigrationsdienste, 1 Mio. Euro mehr für das Deutsch-Polnische Jugendwerk, 5 Mio. Euro mehr für Jugendherbergen und Familienferienstätten sowie 5 Mio. Euro mehr für das Programm „Demokratie leben!“.
- Der Bundesverband Verbraucherzentrale erhält zusätzliches Geld und vor allem Stellen für die Eine-für-alle-Klage (Musterfeststellungsklage) – ein wichtiger rechtspolitischer Fortschritt in unserem Land, der Bürgerinnen und Bürger stärkt gegen scheinbar oft übermächtige Unternehmen, die sich die teuersten Anwälte leisten können.
- Die Bundeszentrale für Politische Bildung erhält zusätzlich 3 Mio. Euro zur Begleitung der Europawahlen in diesem und im nächsten Jahr.
- Im Arbeits- und Sozialministerium ist die gute Nachricht, dass wir im Rahmen der Bereinigungssitzung einige Ansätze deutlich reduzieren konnten. Weil Wirtschaft und Arbeitsmarkt weiterhin gut laufen, brauchen wir beim Arbeitslosengeld II 500 Mio. Euro weniger, bei den Kosten der Unterkunft 100 Mio. Euro weniger. Bereits im Regierungsentwurf waren die ersten 300 Mio. Euro der insgesamt vorgesehenen 4 Mrd. Euro für den Sozialen Arbeitsmarkt vorgesehen; ein wichtiger Schritt zur Unterstützung der langzeitarbeitslosen Menschen in unserem Land.

Insgesamt können wir feststellen: Wir schaffen einen Haushalt, der Ausgabendisziplin und Nullverschuldung verbindet mit sozialdemokratischer Schwerpunktsetzung und einer Verstärkung der Investitionen.